

Alfelder Zeitung

1852 Niedersächsische Volkszeitung • 1890 Unabhängige Heimatzeitung

Freitag, 12. November 2021 | Nr. 265 / 170. Jahrgang | Preis: 1,80 €

www.alfelder-zeitung.de



Zirkusleute ohne große Hoffnung

FÖHRSTE. Die Betreiber vom Minizirkus Siola fürchten den nächsten Coronawinter.

► SEITE: 7



Alfelder brauchen einen Punkt

ALFELD. Die Kicker der SVA dürfen gegen Neuhoof ihr Heimspiel nicht verlieren.

► SEITE: 13



Wunderbares Farbenspiel

FREDEN. Schwimmen ist bei diesen Temperaturen doch eher etwas für das Hallenbad. Oder für Hartgesottene in einem klaren See. Doch auch im launigen Herbst hat ein Freibad, wie hier in Freden, zuweilen immer noch etwas Besonderes zu bieten: Einen wundervollen Sonnenuntergang mit einem wunderbaren Farbenspiel am Himmel und auf dem Wasser im verwaisten Becken. Volker Schulze hat zum richtigen Zeitpunkt auf den Auslöser seiner Kamera gedrückt und diesen einzigartigen Moment festgehalten.

FOTO: VOLKER SCHULZE / PRIVAT

WETTER



NIEDERSACHSEN

60 Studienplätze für künftige Landärzte

HANNOVER. Mit einem Gesetz soll die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum Niedersachsens verbessert werden. Einen entsprechenden Entwurf haben die Regierungsfraktionen SPD und CDU am Donnerstag in den Landtag eingebracht. Er sieht 60 Medizin-Studienplätze pro Jahr vor. Sie sollen an Bewerberinnen und Bewerber vergeben werden, die sich für zehn Jahre zu einer hausärztlichen Tätigkeit auf dem Land verpflichten.

POLITIK

Kräftiges Plus für Staatskassen

BERLIN. Trotz anhaltender Corona-Krise können Bund, Länder und Kommunen in den kommenden Jahren mit deutlich mehr Steuereinnahmen rechnen als zuletzt gedacht. Die Steuerschätzer gehen nach Zahlen des Finanzministeriums vom Donnerstag davon aus, dass bis 2025 rund 179 Milliarden Euro mehr in die Kassen fließen als im Mai vorhergesagt.

WIRTSCHAFT

Kräftiger Gewinnsprung

MÜNCHEN. Siemens hat das erste Geschäftsjahr unter der Führung von Roland Busch mit einem kräftigen Gewinnsprung abgeschlossen. Das Ergebnis nach Steuern stieg um 59 Prozent auf 6,7 Milliarden Euro, wie der Konzern am Donnerstag mitteilte. Damit übertraf Siemens seine Prognose.

Niedersachsen plant flächendeckende 2-G-Regel

Land würde 3G am Arbeitsplatz und Impfpflicht für Mitarbeiter im Gesundheitswesen mittragen

VON MARCO SENG UND SASKIA DÖHNER

HANNOVER/BERLIN. Niedersachsen will nach Informationen der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ flächendeckend 2G einführen. Demnach sollen etwa die Gastronomie, Veranstaltungen und Treffen größerer Personengruppen nur noch für Geimpfte und Genesene zugänglich sein. Die Corona-Verordnung des Landes soll voraussichtlich in zwei Wochen entsprechend geändert werden. Man wolle zunächst noch die Bund-Länder-Gespräche in der kommenden Woche abwarten, hieß es aus Landesregierung. Das Land würde demnach die geplante 3-G-Regelung am Arbeitsplatz (geimpft, genesen oder getestet) und womöglich auch eine Impfpflicht für Personal im Gesundheitsbereich mittragen.

Auch Niedersachsens Gesundheitsministerin Daniela

Behrens (SPD) äußerte sich in diese Richtung. „Ich gehe fest davon aus, dass wir das 2-G-Modell in Niedersachsen weiter ausweiten werden“, sagte Behrens der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Die Landesregierung hatte die Corona-Regeln bereits mit der am Donnerstag in Kraft getretenen Verordnung leicht verschärft. Danach gilt 2G bei Veranstaltungen über 1000 Besucher in geschlossenen Räumen bereits ab Warnstufe 1. Künftig soll 2G voraussichtlich unabhängig von Warnstufen und Schwellenwerten gelten.

Vielen Landespolitikern geht das noch nicht weit genug. „In letzter Konsequenz müssen wir auch über eine allgemeine Impfpflicht nachdenken“, sagt CDU-Fraktionschef Dirk Toepffer. „Wir können beim Stichwort Gesundheitsschutz nicht immer nur an die Minderheit der Ungeimpften denken, sondern müssen endlich die Interessen der geimpften Mehrheit in den Vor-

dergrund stellen.“ Die rechtlichen Bedenken kann Toepffer, selbst Jurist, nicht nachvollziehen: „Das Bundesverfassungsgericht hat schon 1958 festgestellt, dass eine Impfpflicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist“, sagt er. Angesichts ihrer Tragweite müsse das bei der Corona-Pandemie allemal gelten.

Unterdessen wird der Ruf nach einer Impfpflicht zumindest für bestimmte Berufsgruppen lauter. Auch in den Verbänden ändert sich die Haltung. Für die Deutsche Krankenhausgesellschaft und die Caritas ist eine Impfpflicht inzwischen vorstellbar. In Niedersachsen werden ebenfalls entsprechende Forderungen laut. So plädiert Thomas Müller, Arbeitnehmervertreter in der Kirchengewerkschaft Niedersachsen, für eine Impfpflicht für Kita-Beschäftigte. Schließlich betreuten sie Kinder, für die es auf absehbare Zeit kein Impfangebot gebe.

Die Corona-Pandemie war am Donnerstag auch Thema im Bundestag. „Wir müssen gewissermaßen unser Land winterfest machen“, sagte SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz zur Einbringung eines Gesetzentwurfs von SPD, FDP und Grünen zu weiteren Corona-Regelungen. Patientenschutz haben die Ankündigungen indes als unzureichend kritisiert. Der Vorstand der Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch, sagte dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND), es sei ein Fehler, dass die Ampelfraktionen die 900.000 Pflegeheimbewohner und eine Million zu Hause professionell versorgten Menschen nicht ausreichend schützen wollten. „Dafür braucht es unabhängig vom Impfstatus eine Pflicht zum täglichen Testen für Personal, Besucher und Pflegebedürftige. Denn auch Geimpfte können das Virus weitergeben“, betonte er.

Die Ware bringt der E-Laster

Studie: Im städtischen Lieferverkehr genügt die Reichweite von elektrischen Lkw oft schon

VON ROLAND LOSCH

MÜNCHEN. Batterieelektrische Lastwagen werden alltags-tauglicher. Das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung hat in einer Machbarkeitsstudie 9500 realer Touren von 224 Lkw mit mehr als zwölf Tonnen zulässigem Gesamtgewicht zu 543 Rewe-Filialen ausgewertet. Studienleiter Patrick Plötz sagte am Donnerstag: „Die aktuell verfügbaren Reichweiten von Batterie-Lkw rei-

chen oft heute schon aus, um alle in der Studie analysierten städtischen Lkw-Touren und fast die Hälfte der betrachteten regionalen Touren mit E-Lkw zu schaffen.“

Anders sehe es bei schweren Lastwagen aus: „Bei schweren Lkw über 26 Tonnen mit sehr langen Tagestouren bleibt die Elektrifizierung nach Stand des heutigen Fahrzeugangebots allerdings noch eine Herausforderung“, sagte Plötz. In der Studie hatte das Fraunhofer-Institut für jedes

Fahrzeug den Energiebedarf anhand seines Einsatzprofils und inklusive Nebenaggregaten simuliert. Lkw-Betreiber sollten die Umstellung ihrer Lkw-Flotte im städtischen und regionalen Lieferverkehr prüfen, heißt es in der Studie: Mit der aktuellen Förderung von 80 Prozent der Mehrkosten für Fahrzeuge und Infrastruktur einerseits, den CO₂-Aufschlägen beim Dieselpreis und der Maut andererseits könnten Lkw-Betreiber Kosten sparen. Renault Trucks kündigte

am Donnerstag an, von Frühjahr 2022 an die Modelle für den Verteilerverkehr nur noch batterieelektrisch anzubieten. Das gelte nur für Deutschland: Hier mache die Förderung die Gesamtrechnung für E-Lkw attraktiv.

Der Vorstandschef des zum Volkswagen-Konzern gehörenden Lastwagenbauers MAN, Andreas Tostmann, forderte weitere Hilfen: „Der Aufbau von Ladeinfrastruktur muss jetzt oberste Priorität haben und durch den Staat



Ein E-Lastwagen an der Ladesäule. FOTO: MARIJAN MURAT/DPA

unterstützt werden. Auch sollten die Gesetzgeber eine präferierte Zufahrt für Null-Emission-Lkw in Städte mittelfristig beschließen.“